

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beste Wiesbadener Zeitung

Erscheinung 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatl. 3,50 M., viertel. 11,50 M., durch die Post monatl. 3,50 M., viertel. 11,50 M. ohne Beleggeld. Das Beleggeld wird von den Zeitungsträgern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.

Amtes Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolausstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: Die 4 mm breite Kolonelleiste 0,03, die 9 mm breite Reklamelleiste 3.— M.; außerhand: 7,50 bezw. 4.— M., Ausland 2.— bezw. 6.— M. Rabatt lt. Tarif. Sonderbeilagen 15 M. pro 1000.

Nummer 172

Dienstag, 13. April 1920.

74. Jahrgang

### Die Besetzung des Maingaaues.

Paris, 12. April. (Havas.)

Man glaubt zu wissen, daß, wenn die französischen Truppen Frankfurt und Darmstadt räumen werden, sie gleichzeitig auch Omburg und Hanau freigeben. Andererseits schafft das Verlangen der deutschen Regierung um Verlängerung der zur Entwaffnung Deutschlands vorgesehenen Frist eine völlig neue Lage, der die Alliierten und besonders Frankreich Rechnung tragen müssen. Diese Forderung wird der erste Punkt der Tagesordnung bei den Verhandlungen in San Remo sein. Ueberdies ist es wahrscheinlich, daß die französische Regierung, um nicht den Anschein zu erwecken, als wolle sie auf die Entscheidungen der Alliierten einen Druck ausüben, sich bemühen wird, die Dauer der Besetzung dieser Städte zu beschränken und sich dazu herbeilassen wird, sobald die Lage im Ruhrgebiet, was die Truppenbewegungen anlangt, wieder normal geworden ist, die Truppen zurückzuziehen. Unter diesen Umständen kann man sagen, daß die Verhandlungen zwischen Paris und London glatt von Station zu Station werden.

### Der englisch-französische Zwischenfall erledigt.

Luz. Paris, 12. April.

Havas meldet u. a.: Der Vorkonferenzrat trat heute Vormittag unter dem Vorsitz Jules Cambons zusammen. Der englische Vorkonferenzrat wohnte der Konferenz bei.

Um 1 Uhr nachmittags überreichte Lord Derby die Antwort der britischen Regierung auf die letzte Note der französischen Regierung. Es scheint, daß durch die Übermittlung dieser Antwort der Zwischenfall im Begriff ist beigelegt zu werden. Nach der Verhandlung der Vorkonferenzrat hat der englische Vorkonferenzrat, nachdem er die Antwort seiner Regierung auf die letzte französische Note überreicht hatte, den Ministern der Konferenz um einige Auskünfte, um über die Absichten der französischen Regierung Gewissheit zu erlangen. Diese Auskünfte waren, so heißt es in der Havas-Meldung weiter, so einfach und so leicht zu geben, daß Millerand sie Lord Derby noch während der Sitzung geben konnte und sie nicht einmal schriftlich niederschreiben brauchte. Der englische Vorkonferenzrat übermittelte sie telegraphisch seiner Regierung.

Paris, 12. April. (Havas.)

Millerand versicherte Lord Derby, daß die deutschen Städte auf dem rechten Rheinufer, die kürzlich besetzt wurden, wieder vollständig geräumt würden.

Die deutsche Delegation hat am 8. April eine Verlängerung des Abkommens verlangt, dessen Frist am 10. April abläuft, zu welchem Zeitpunkt die Deutschen die neutrale Besetzungszone hätten räumen sollen. Das Verlangen wird vom technischen Standpunkt aus durch die militärische Kontrollkommission geprüft werden und Gegenstand eines Beschlusses des Chefs der alliierten Regierungen auf der Konferenz in San Remo sein.

Die Erklärungen Millerands werden nicht verfehlen, die englische Regierung zu befriedigen. Lord Derby teilte telegraphisch seiner Regierung mit, der gute Wille Frankreichs sei offenkundig. Daher gab Bonar Law am Nachmittag im Unterhaus befriedigende Erklärungen über die diplomatische Lage zwischen England und Frankreich; im Laufe des Abends erklärte er den Zwischenfall für erledigt.

### Der Völkerbund.

Paris, 12. April. (Havas.)

In einem Interview, das gestern nach dem Ausgange der Völkerbundssitzung stattfand, erklärte Leon Bourgeois, daß der Bund weit davon entfernt sei, ein nur theoretischer Organismus zu sein. Im Gegenteil, seine Nützlichkeit und sein großer Wert seien unversenkbar und unumstößlich. Der beste Beweis sei, daß schon verschiedene Nationen sich in schwierigen Fragen an den Bund gewandt hätten. Das beste Beispiel dürfte die Armenien bilden. Der Rat habe sich schon eingehend mit dem Schicksal dieses Landes beschäftigt, jedoch sei hier die Lage von einer unverkennbaren Schwierigkeit. Armenien sei ein sehr unruhiges Land, und ein bloßer Machtpruch irgend eines Rates würde dort nichts andrücken. Dem Völkerbunde fehle es aber nicht nur an einem Budget, sondern auch an den nötigen Mitteln. Zwangsmittel seien zu ergreifen. Der Völkerbund dürfe aber auf keinerlei Hindernisse stoßen, die die einzelnen Mächte selbst beseitigen könnten. So bleibe, kurz gesagt, nichts anderes übrig — so schließt Leon Bourgeois —, als den Völkerbund mit allen Mitteln auszustatten, die ihm ein legendäres Handeln erlauben.

### Hindenburg — Zabrje.

Hindenburg, 12. April. Die alliierte Abstimmungs-Kommission in Oppeln bestimmte, wie der „Oberschlesische Wanderer“ meldet, daß die Gemeinde und der Kreis Hindenburg den Roman Zabrje zu führen haben.

### Besserung der Valuta.

Die Steigerung der Mark im Auslande hat sich auch gestern, entgegen den von interessierter Seite geäußerten Vermutungen, weiter fortgesetzt; der Markkurs ist in Paris zum Beispiel im Laufe der Nacht in die Höhe gegangen. Nach den vorliegenden Meldungen galt an der Frankfurter Börse (die Berliner gab wegen der befürchteten Beschlagnahme von Wertpapieren gar keine Notierungen) der Dollar nur 43½ (gegen 52¼ am Samstag und etwa 100 Mark vor einem Monat), der französische Franc 274 (gegen 340 bezw. 780), der holländische Gulden 1780 (gegen 2050 bezw. 4040). Die Steigerung der Mark in Zürich setzte sich gestern in dem in den letzten Tagen gewohnten Tempo fort von 10,00 auf 10,90 Gls. Die Mark notierte in Paris zu Beginn der gestrigen Börse 31 gegen 26 am Samstag und beim Börsenschluß sogar 35 (gegen 27¼) und rund 14 vor etwa Monatsfrist.

Diese in den letzten Tagen erzielten Besserungen unserer Währung bedeuten vorläufig nur eine Reaktion gegen den, ohne tatsächliche Unterlagen erfolgten Kurssturz im Januar. Erst die Veränderungen des 12. April haben es bewirkt, daß die Mark heute etwas mehr gilt als zu Beginn des Jahres. Eine Ausnahme bildet das Verhältnis zum Franken, das sich jetzt wesentlich günstiger stellt, wurden doch 100 französische Franken am 31. Dezember noch mit 400 Mark bezahlt. Demgegenüber ist die gestrige Notierung von Paris mit 280 schon als eine wirtschaftliche Errungenschaft in dieser nur von Trübsungen durchwachten Zeit zu bezeichnen, wissen wir doch, daß gerade die immense Kaufkraft des Franken viel zu der übermäßigen Forderung im besetzten Gebiet beigetragen hat, neben dem Ueberschüssen der Dollar, Pfund usw.

Betrachten wir aber, daß das bisher zurückgelegte Stück Weges der Aufwärtsbewegung unserer Mark nur eine Bismarckzeit darstellt im Vergleich zu der Annäherung an den Friedenswert, daß dieser Weg (im Züricher Kurs ausgedrückt) bis auf 100 und darüber führen muß, während wir heute erst die Anfangsetappe von 5 auf 11 zurückgelegt haben — dann besteht wirklich noch kein Grund zum Uebermut.

### Die deutschen Sparkassen im Monat Februar.

Die „Sparkasse“, das Amtsblatt des Deutschen Sparkassenverbandes, schätzt die Einzahlungen im Monat Februar auf etwa 3 Milliarden Mark. Der Kapitalbedarf war aber noch größer, sodaß die Einlagen sich um etwa 300 Millionen Mark vermindert haben. Auch der Januar hatte schon einen Kapitalabfluß, wenn auch nur von etwa 100 Millionen Mark. gebracht. In den Vorjahren hatten dagegen Januar und Februar den Sparkassen gewaltige Zunahmen angeführt.

### Richterkeit in Oberschlesien.

Reutchen, 12. April. Anlässlich der Ausweisung des ersten Staatsanwalts durch die Ententeskommission freilich die hiesigen Richter seit heute. Alle Termine wurden aufgehoben. Ebenso freilich alle zivilen und unteren Justizbeamten des Land- und Amtsgerichtes Reutchen. Nach der „Oberschlesischen Zeitung“ ist man auch mit den ober-schlesischen Gerichten in Fühlung getreten, um einen allgemeinen Streik der Justizbeamten des gesamten Abstimmungsgebietes herbeizuführen.

### Wilson von neuem erkrankt?

Luz. Paris, 12. April.

Havas meldet aus London vom 12. April: „Daily Mail“ glaubt zu wissen, Präsident Wilson habe einen Rückfall erlitten. Nach einer Meldung der „Times“ aus New-York sind die Nachrichten über den Gesundheitszustand des Präsidenten beunruhigend.

Saga, 12. April. Der „Nieuwe Courant“ meldet aus New-York: Es geht das Gerücht, daß der Präsident gesundheitlich zusammengebrochen sei. Die unsicheren Mitteilungen, aus dem Weißen Hause scheinen dies zu bestätigen. Der Präsident hat seine täglichen Ausfahrten unterbrochen.

Amsterdam, 12. April. Die „Times“ meldet aus New-York, daß Wilson nach wie vor beabsichtige, die Entschliessung des Senats, in der der Kriegszustand mit Deutschland als beendet erklärt wird, unbeachtet zu lassen.

### Vertreibung der Deutschen von Haiti.

Wie der „Berliner Volkszeitung“ meldet, hat die Regierung von Haiti ohne triftigen Grund und ohne gesetzliche Handhabe den in Haiti ansässigen Deutschen, etwa sechzig an der Zahl, die sich schon seit Jahrzehnten dort befanden, den Befehl gegeben, das Land in kurzer Frist zu verlassen. Als Grund wird angegeben, daß die Deutschen den letzten Regierungsstand vom 16. Januar finanziert und unterstützt hätten.

### Deutsche Nationalversammlung.

Erklärungen des Reichskanzlers über Frankfurt, die Nebenregierung und das Ruhrgebiet.

Berlin, 12. April.

In einer einstündigen Sitzung nahm gestern die Nationalversammlung die Erklärung des Reichskanzlers über die politische Lage entgegen. In Beginn der Sitzung erließ der Reichskanzler Protest gegen eine Verfügung der Ententeskommission in Oberschlesien, wodurch den ober-schlesischen Abgeordneten die Ausübung ihrer Abgeordnetenpflichten untersagt wird.

### Rede des Reichskanzlers Müller.

Reichskanzler Müller kam zunächst auf die Entwicklung der Lage im Ruhrgebiet zu sprechen. Die ganze Schuld an den dortigen unglücklichen Vorkommnissen (sobald er dem Rappischen Streich zu. Allerdings gab er zu, daß die kommunistische Bewegung von langer Hand vorbereitet war. Die Rappisten hätten jedoch erst den Boden für die Bewegung geschaffen. Die Reichsregierung habe die von der Arbeiterkraft zum Schutz der Verfassung unter-nommene Bewegung nicht mit dem Verbrechen des Geheißes verwechseln wollen. Der Vorwurf, daß die Regierung zu lange mit der notwendigen Aktion gezögert habe, sei nicht berechtigt, die Besetzung des Maingaaues sei die Nicht-erfüllung des Böhrens. Reichskanzler Müller ging dann auf den deutsch-französischen Konflikt ein und sprach zunächst über die Gründe, die Frankreich für sein Vorgehen anführt. Die Aktion im Ruhrgebiet sei eine unbedingte Notwendigkeit gewesen, es sei eine Maßnahme, die Art. 14 des Friedensvertrages so auszulegen, wie er von Frankreich ausgelegt wird.

### Die Besetzung Frankfurts.

Dann fuhr der Reichskanzler fort: Frankreich fügte sich bedroht obwohl die Reichsregierung ankündigte, daß die ganze Aktion in sieben Tagen beendet sein werde, obwohl die Weimarer von alliierten Truppen drohten, deren gegenüber die 10.000 Mann in der neutralen Zone einfach verschwinden. Die Reichsregierung habe einen formalen Protest begehrt. Aber wir mußten eine Bevölkerung von 5 Millionen vor Plünderung, Raub und noch Schlimmerem schützen. Wir haben uns dadurch keinen feindlichen Haltung wegen der Signatarmächte oder einer Störung des Weltfriedens schuldig gemacht. Aber wir erheben gegen die französische Regierung die Anklage, ihrerseits den Vertrag von Versailles verletzt und den Völkerbund vor seinem Inkrafttreten zu schänden. Die französische Note, welche der deutschen Regierung die Besetzung anzeigte, wurde in Paris am 8. April früh 8 Uhr übergeben, also drei Stunden, nachdem die Besetzung von Frankfurt und Darmstadt vollzogen war. (Lebhaftes Gekohl!) Frankreich hat deutsche Städte besetzt ohne Zustimmung der anderen Signatarmächte und ohne irgend einen Rückhalt in den Bestimmungen des Friedensvertrages, im direkten Widerspruch zu der Zusicherung vom 8. Dezember 1919, in dem sogenannten Schlußprotokoll, wo ausdrücklich zugesichert wurde, daß vom Eintritt des Friedens ab die Folgen einer etwaigen Vertragsverletzung nur nach den allgemeinen Vorschriften des Friedensvertrages oder nach den internationalen Rechtsgrundsätzen zu fassen seien. Im Vertrag ist keine Bestimmung enthalten, die einer einzelnen Signatarmacht das Recht gibt, auf eigene Faust einen Vormarsch in deutsches Gebiet zu unternehmen. Und im internationalen Recht, vor allem in seinem vornehmsten in Versailles gegründeten Gelehrten vom Völkerbund, ist der hauptsächlichste Gesichtspunkt: Keine feindselige Handlung, auch nicht gegen ein Mitglied des Völkerbundes, darf ohne vorherige Anrufung des Völkerbundes unternommen werden.

Herr Müllerand hat in der Rechtfertigung, die er an seine Alliierten richtete, das Vorgehen Frankreichs damit begründet: Es war die Militärregierung von Rapp und es war die Militärpartei, die trotz aller Einwände darauf beharrte, daß es unmöglich sei, ohne Erhöhung der Militärkräfte die Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen. — Die Reichsregierung hat heute, vier Wochen nach dem Militärputsch, weniger denn je Neigung sich eine Militärpartei gefallen, noch deren Wünsche aufzulegen zu lassen.

### Frankreich und der Völkerbund.

Nach der Völkerbundsatte ist das Vorgehen der französischen Regierung ein Verstoß gegen die elementarsten Grundsätze, eine Verhöhnung des Völkerbundesgedankens und ich erhebe als schwerste Anklage: Die militärische Verarmhaltung Deutschlands ist eine Sünde gegen Europa, ein Verbrechen gegen das französische und gegen das deutsche Volk. (Erneute lebhafteste Zustimmung.) Und die Behauptung des Herrn Müllerand noch in seiner Note, neue Beziehungen mit Deutschland auf dem Wege wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu wollen. (Gekohl!) Will Herr Müllerand vielleicht die deutsche Handelszentrale mit stürmender Hand erobern in Frankfurt a. M. (Erneute Gekohl!) Eine Ära neuer Beziehungen ist unmöglich gegen das innerste Gefühl der Völker. Die Reichsregierung hat keine Gelegenheit vorbehalten lassen, um nachher, aber mit Nachdruck auf die gemeinsamen Interessen Deutschlands und Frankreichs hinzuwirken und hinzuarbeiten. Was soll ein Verstoß auf wirtschaftlicher Zusammenarbeit in einer Note, die die Verarmhaltung neuer Kriegsbandlungen dant soll. Wie kann eine Regierung ihre Volksgenossen nach diesem Waffenstillstand für ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten gewinnen, wenn gleichzeitig eine deutsche Stadt um die andere mit der ganzen Schwere feindlicher Kriegsmassnahmen geschlagen wird? In solcher Stunde, bei

solchen Taten, ist jede Zulassung ein Lippenbekenntnis, das halbtot und unzulänglich ist und mit den Tatsachen zusammenbricht. Krieg oder Frieden. Ein drittes gibt es nicht, das es nicht geben kann, wenn wir nicht von einem dritten Richter vernichtet werden sollen, der Angewiesene.

Diese Auslegung hat wohl die italienische und die englische Regierung zu ihrer Abwendung von dem französischen Vorgehen gebracht. Ähnlich wäre es, darin das Ende der Entente sehen zu wollen. Auf dem Boden des Vertrauens werden wir die Entente noch oft als Lösung finden. Das zeigt übrigens auch die Verhandlung über die Entwaffnung Deutschlands durch die Entente. Auch in der Frage der Entwaffnung bestand die Entente bisher auf ihrem Schein. Sie verlangt, daß mit dem 10. April die Waffenstillstandswilligen und die Einwohnerwehren auf Grund des Friedensvertrages beseitigt sein sollen. Es ist bisher kein Zeichen dafür, daß in dieser Frage die Entente ein Entgegenkommen zeigt. Wenn die Einwohnerwehren in ihrer letzten Gestalt nicht zu halten sind, so muß für Ersatz gesorgt werden durch Orts- und Flurschutz. Wir werden aber die Frage der Einwohnerwehren erneut mit der Entente verhandeln.

#### Die Nebenregierung.

Forderungen der Gewerkschaften waren für die Entscheidung der Regierung nicht maßgebend. Ich erkläre bei dieser Gelegenheit klar und deutlich, daß wir eine Nebenregierung ablehnen und keine Stunde länger im Amt bleiben würden, wenn der Versuch gemacht würde, eine Nebenregierung aufzurichten. Wollen die Gewerkschaften das, so würde ich sie bitten, die Regierung ganz zu übernehmen. Mitwirken kann nur der, der die Verantwortung ganz übernimmt. Ich stelle fest, daß die Gewerkschaften nie den Versuch gemacht haben, mitzuarbeiten, und nie irgendwelche Forderungen in diesem Sinne gestellt haben. (Zuruf rechts: Und die acht Punkte!) Wenn die Gewerkschaften formulierte Wünsche vorbringen wollten, so habe ich sie selbstverständlich empfangen, ebenso wie die Vertreter der Industrie und der Beamtenorganisationen; denn das ist meine Pflicht. Ich lege auch den größten Wert darauf, die Wünsche der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft kennen zu lernen, weil ich mir der Bedeutung dieser Organisationen für die Sicherung der deutschen Republik völlig bewußt bin. Aber geltend machen darf sich dieser Einfluß nur auf dem Wege der Verfassung, und die Regierung muß in ihren Entscheidungen frei sein. Alle Kabinettsmitglieder, ganz gleich, welcher Partei sie angehören, sind Anhänger der Demokratie und denken nicht daran, den Boden der Demokratie zu verlassen. (Beifall bei der Mehrheit.) Die Verhältnisse verfassungsmäßiger Nebenregierungen, die insbesondere in Süddeutschland aufsteigen, sind deshalb unbearbeitet. Süddeutschland, das die ältere demokratische Tradition vor dem Norden voraus hat, findet mit seinen Sorgen volles Verständnis bei uns.

#### Beendigung der Ruhraktion.

Die letzte Grausamkeit und fast unvergeßliche Tat Frankreichs, die Besetzung des Ruhrgebietes, trifft mit Frankfurt das Herz Europas und richtet einen Schrecken zwischen den Völkern auf. Selbst die kühle Vernunft findet nach solcher Tat nur schwer den Weg von einem Volk zu dem anderen. Ebe Frankfurt nicht frei ist, müssen auch die schönsten Worte vernünftiger Gemeinsamkeit Worte bleiben. (Sehr richtig!) Die französische Regierung hat unter dem Widerspruch der meisten Alliierten den Einmarsch in Deutschland beschlossen. Der Vertrag gibt ihr kein Recht. Die Völkerbundsatte gibt ihr volles Unrecht. Der militärische Einfluß in Deutschland erfährt durch das französische Vorgehen nur eine neue Aufspaltung.

Die militärischen Aktionen an der Ruhr geben ihrem Ende entgegen, und alle Truppen, die entschlossen sind, werden sofort außerhalb der neutralen Zone abgezogen. Zum Abtransport einiger Batterien ist bereits der Befehl gegeben worden. Ueber die Verlängerung des Ausmarsches vom vorigen Jahres bis zum 10. Juli stehen wir noch mit den alliierten Regierungen in Verhandlungen. Die Okkupation des Ruhrgebietes wird also bald ihr Ende erreichen. Wir hoffen, daß dies die letzte noch einmal hochgeworfene Welle aus dem Blutmeer des Krieges war. (Beifall.) Für uns aber bleibt es in der inneren und äußeren Politik unsere Beziehungen zu allen Ländern bei dem Bekenntnis der Mehrheit von allen Kriegsanstrengungen und allen Kriegsmitteln! (Beifall, anhaltender Beifall.)

Auf Voranschlag des Präsidenten Hehrbach wird hierauf die Sitzung abgebrochen und die Besprechung der Regierungserklärungen auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

In der heutigen Nationalversammlung erwartet man besonders von den beiden Reichsparteien längere Darlegungen über die auswärtige Lage, wie sie durch das Vorgehen der Franzosen sich entwickelt hat. Die drei Reichsparteien werden voraussichtlich in einer gemeinsamen Erklärung der Reichsregierung das Vertrauen ausdrücken und von besonders lauten Ausführungen absehen. Den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion wird Otto Due darlegen.

## Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 13. April.

**Öffentliche Mahnung.** Die Stadt, Steuerkasse macht bekannt, daß die rückständige Steuer (Erhöhung des Gemeindesteuereinzugs von 270 auf 337½ Proz. und der Kanalbenutzungsgebühr vom 1. 8. 19 ab) die sogenannte 5. Steuerrote bis zum 17. d. M. zu entrichten ist. Nach Ablauf dieser Frist beginnt die kostenpflichtige Zwangsversteigerung. Wenn Mangel an Bescheid wird nochmals auf abschließende Geldbeiträge bei der Eingahlung hinweisen.

**Die Schulneulage der Lorch-Knabenschule** werden am Donnerstag, den 15. April, um 11 Uhr, in der Schule an der Luisenstraße aufgenommen.

Eine weitere Vertiefung der Marmelade. Wie aus einer Mitteilung der Reichsgesellschaft für Obstkonserver und Marmelade hervorgeht, sollen sich die zuständigen Stellen veranlaßt gesehen haben, schon wieder eine Preiserhöhung für Marmelade vorzunehmen so daß sich der Kleinverkaufspreis auf 6.20 Mark für das Pfund stellen würde. Die Ursache dieser Vertiefung soll abermals in dem Umstand liegen, daß in größerem Umfang als bisher Absatzänderungen verwendet werden mußten, wobei natürlich infolge der ungenügenden Voluta der Einkaufspreis ein sehr hoher war. An sich ließe sich gegen diese Behandlung nichts einwenden, wenn nur für den außerordentlich hohen Preis von 6.20 Mark auch eine einigermaßen appetitliche und wohlschmeckende Marmelade zur Verteilung käme. Wir haben den Wunsch, daß die zuständigen Stellen, die sich an

der Preiserhöhung veranlaßt sehen, sich auch einmal veranlaßt sehen würden, die hier in Wiesbaden zur Verteilung kommende Marmelade auf ihren eigentlichen Wert zu prüfen und festzustellen, ob das wirklich nur eines Obsts mit Zucker ist. Wir zweifeln lebhaft daran, und mit uns fast sämtliche Verbraucher. Beweis ist der, daß nur die wenigsten Leute und nur im alleräußersten Notfall sich die Marmelade holen. Und nun soll diese „Schnitzerei“ auch noch um nahezu die Hälfte verteuert werden? In diesem Preise wird sie wohl die Reichsgesellschaft selber essen müssen.

**Deutsche Volkspartei.** Der 4. Bezirksverein der Deutschen Volkspartei hält am Donnerstag, den 15. April, abends 8 Uhr, im „Einhorn“, Marktstraße 22, eine Versammlung ab. In der Herr Landgerichtsrat Geppert über die Bedeutung und Wirkung der neuen Steuergeetze sprechen wird.

**Die Hochschulkurse** finden nunmehr täglich um 6¼ Uhr in der Aula des Lyzeums II, am Bosenplatz, statt, wofür reichlich Platz und Stühle vorhanden sind.

**Genehmigte Versammlung.** Wie der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.) und mitteilt, in keine heute abend stattfindende Versammlung mit dem Thema „Das Betriebsrätegesetz und seine Durchführung im Sinne des G. D. A.“ von der Besatzungsbehörde genehmigt.

#### Kurhaus :: Theater :: Vorträge :: Vereine usw.

**Kurhaus.** Der nächste Tanz-See findet am Donnerstag dieser Woche im kleinen Konzertsaal des Kurhauses statt. Der jedesmalige starke Besuch beweist auf neue die große Beliebtheit dieser Veranstaltungen beim Publikum.

**Orgelkonzert** in der Marktkirche. Am Mittwoch, 14. April, 8 Uhr werden im Orgelkonzert in der Marktkirche Hr. Gerda Idelberger von hier (Sopran) und Herr Ernst Mayer aus Straßburg (Klavier) mitwirken. Hr. Idelberger wird Othello aus dem 16. und 17. Jahrhundert sowie Die Sterne ihnen ewig hohe Weisen von Cornélius und „Brich herein, süßer Schein“ von Frommel singen. Herr Ernst Mayer wird das Adagio aus dem Es-dur-Vollkonzert von Bach, Variations von Döbel und Präludium von Paganini spielen. Herr Peterken wird auf der Orgel Präludium und Trieluge Es-dur von Bach sowie 2 Stücke von Rossini: „Christus resurrexit“ und „Gebet“ zu Gehör bringen. Eintritt gegen Entnahme einer Vortragsfolge zu 20 A oder eines nummerierten Altkorals zu 1 A.

**Botanischer Ausflug.** Mittwoch, 14. April veranstalten die Mitglieder der botanischen Abteilung des „Rast. Vereins für Naturkunde“ einen Ausflug in die Umgebung von Braunfels. Die Wanderung beginnt 2.15 Uhr am Bahnhof Dohheim.

## Dermisches.

#### Noch eine Explosionskatastrophe.

Die „A. B.“ berichtet über ein Unglück: Ein schwerer Explosionsunfall ereignete sich Montag nachmittags gegen 2 Uhr in der bei der chemischen Fabrik Rhodania gelegenen Strohberger Düngersfabrik vorm. A. Schwan u. Co. Unter gewaltigen Erschütterungen flog die ganze Düngersfabrik in die Luft. Der Erdboden sieht wie abgeflacht aus. Wieviel Menschenleben zu beklagen sind, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Schätzungsweise handelt es sich um 20-25 Arbeiter. Kinder auf der Straße wurden getötet. Am Bahnhof blieben zwei Bahnassistenten tot. Da auch die Kleinbahnanlagen Streckenweise zerstört sind, ruht der Betrieb. Die Ursache des Unglücks ist unangeklärt. In Strohberg und der weiteren Umgebung sind durch die Detonationen eine beträchtliche Anzahl von Häusern zerstört worden. Die neben der Unfallstelle liegende Chemische Fabrik Rhodania ist von der Explosion hart in Mitleidenschaft gezogen.

**Königsberg i. Pr., 12. April.** Eine größere Anzahl der bei dem Kohlenminen Unglück Getöteten wurde geborgen. Im Leichenschauhaus liegen 60 bis 70. Man rechnet mit der Gesamtzahl von über hundert.

**Gestohlene Telegrafeneleitungen.** Von den Hochspannungsleitungen Berlin-Damms sind elf durch Drahtdiebe schwer geschädigt worden. Der Fernsprechnetzverkehr Berlin-Damms ist dadurch gestört.

**Juchhaus für einen Schieber.** Der Kaufmann Simon Stoff in Ingolstadt hat wiederholt größere Mengen Kupferdrahtstahl, die aus einem Ingolstädter Geschäft gestohlen waren, in keinem Geschäft mit hohen Preisen nach Erwerb durch Kettenhandel weiter veräußert. Wegen gewerkschaftlicher Diebstahl verurteilte ihn das Volksgericht Ingolstadt zu einem Jahr Zuchthaus unter Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre.

**Schwere Unglücksfälle bei einem römischen Volksfest.** Nach einem Volksfest, welches am Sonntag in Rom auf dem Kapuzinerberg stattfand, kam es aus unbekannter Ursache zu einer Panik. Zahlreiche Wandbewohner, die das Fest besuchten, fielen von einer Mauer herunter. Bis jetzt wurden 11 Tote und zahlreiche Verwundete gemeldet.

**Der neue Oberbürgermeister von Detmold.** Oberbürgermeister Dr. Peters (Graubens), der bei dem Vorsehungsdort vertrieben worden war, wurde zum Oberbürgermeister von Detmold gewählt.

**Aus Baden-Baden.** Die städtischen Kollegien haben für die abgelaufene Spielzeit den städtischen Schauspielern einen Zuschuß von 340 000 Mark bewilligt.

## Volkswirtschaft.

#### Industrie.

**Händlerhof u. Widmann A. G.** Die Reichs-Gesellschaft für den Handel mit Waren, die im vergangenen Jahre 1919 betrug, daß wegen Materialmangels die Warenströme nicht im vorgesehnen Umfang ausgeführt werden konnten. Der Kleinvertrieb betrug nach A. 357 253 (1. B. 924 748) ermäßigten Abschreibungen einschl. A. 80 000 (233 004) Vorkauf A. 753 422 (655 600), woraus wieder 9 Proz. Dividende verteilt und A. 148 422 vorgetragen werden. Bei A. 6 Mill. Aktienkapital und A. 1.80 (1.80) Mill. Anleihekapital verzeichnet die Bilanz A. 15.21 (12.93) Mill. Kreditoren gegenüber A. 13.30 (15.31) Mill. Debitoren einschl. Bankausgaben A. 1.28 (2.04) Mill. Barvermögen, A. 1.99 (0.61) Mill. Waren und A. 5.93 (2.66) Mill. Materialien. Die Beschäftigung der Arbeiter für Verfertigung von Zementwaren usw. habe sich im laufenden Jahre erhöht. Die Eisenbetonbauwerke in Reus sei für längere Zeit mit Aufträgen versehen.

#### Marktberichte.

**Berliner Produktmarkt vom 12. April.** Der Produktmarkt eröffnete in starrer Tendenz. Im Dofen zeigte sich auch zu wesentlichen ermäßigten Forderungen nur ganz vereinzelt Kaufkraft. Hülsenfrüchte wurden erheblich niedriger angeboten bei durchaus mangelnder Kaufkraft. Das gleiche gilt für Gerstella. Raubhüter war ebenfalls sehr still. Bei Stroh zeigte sich bei niedrigen Preisangeboten etwas Nachfrage.

**Hauptgeschäftler:** Gerhard Großhans, Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik. G. Großhans für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Teil. G. C. Eichenberger für Stadt- und Landwirtschaften, Bericht und Sport. Georg Wörzner für die Angelegenheiten: Job. Schlier, Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlag A. K. K. G. m. b. H. sämtlich in Wiesbaden.



Donnerstag, den 15. April, abends 7 Uhr im grossen Saale:

## Sonder-Konzert

Leitung: Carl Schuricht.

Solist: Paul Loyonnet, Paris (Klavier).

Orchester: Städtisches Kurorchester.

Beethoven: Symphonie Nr. 1 in C-dur; Konzert in C-moll für Klavier und Orchester; Schumann: Ouvertüre zu „Manfred“; Klaviervortrag: Chopin: 6 Etuden.

Eintrittspreise: 8, 6, 5, 4, 3 Mk.

Wegen Erkrankung der Frau Durigo muss das für

## morgen Mittwoch

angesetzte

## Cyklus-Konzert

verschoben werden. Der neue Termin wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben.

8773 Städtische Kurverwaltung.



3. bis 10. Mai 1920

## Mahler-Woche

### Drei Konzerte.

Montag, den 3. Mai

Zweite Symphonie in C-moll für Orchester, Sopran- u. Alt, Chor und Orgel.

Solistin: Meta Reidel (Alt).

Freitag, den 7. Mai

„Das Lied von der Erde“, eine Symphonie für eine Alt- und Tenorstimme und grosses Orchester. Solisten: Lula Myaz-Gmeiner, Kammer Sängerin Berlin (Alt), Ludwig Roffmann vom Stadttheater Mainz (Tenor).

Montag, den 10. Mai

Fünfte Symphonie für grosses Orchester.

Leitung: Carl Schuricht.

Orchester: Städtisches Kurorchester.

Abonnementspreise für die 3 Konzerte: 25, 20, 15, 12 M. Galerie Rücktritt wird im Abonnement nicht abgegeben.

Verkauf der Abonnementskarten an der Tageskasse. Kassenpreise für jedes Konzert: 10, 8, 6, 5, 3 M. Beginn des Einzelverkaufs: Sonntag, den 25. April.

Garderober für jedes Konzert: 30 Pfg. Die Abonnementskarten können von verschiedenen Familien-Mitgliedern benutzt werden.

Die Konzerte beginnen pünktlich um 8 Uhr.

854 Städtische Kurverwaltung.

Am 14., 15. u. 16. ds. Mts., abends 8 Uhr finden im Saale des Vereinshauses Platterstrasse 2, folgende

## Vorträge

statt:

1.) Der islamische Gottesbegriff im Unterschied vom christlichen.

Pastor Dozent Oestreicher-Bethel.

2.) Westafrika u. d. evangl. Mission.

Professor Westermann-Berlin.

3.) Die Islammission im Unterschied von der Heidenmission.

Missionar J. Enderlin.

Eintritt frei.

Die Versammlungen sind genehmigt.

\*3574 Sudan-Pionier-Mission.

## Bekanntmachung.

Am Mittwoch, den 14. April, nachmittags 4 Uhr werde ich im Versteigerungsausschuss Neuenhof 22 öffentlich swanadweise gegen Barzahlung versteigern:

1 großer Spiegel, 1 Sofa, 1 Teppich.

2 kleine, gerahmte Bilder, Rüdenheimer Straße 33. (4573)